

Begrüßung durch Oberbürgermeister Klaus Wehling, Oberhausen  
zur Veranstaltung

## **„Memorandum – Wege aus der Schuldenfalle“**

Herzlich willkommen in Oberhausen,

sehr geehrte Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister,

verehrte Landräte, Kämmerinnen und Kämmerer,

sehr geehrter Herr Verbandsdirektor,

sehr geehrter Herr Professor Junkernheinrich,

meine Damen und Herren,

Wenn die Spitzen aller Städte und Kreise der Metropolregion Ruhr und die Spitzen des Bergischen Städtedreiecks Remscheid-Solingen-Wuppertal ihre Stimme gemeinsam erheben, dann sprechen Sie für viereinhalb Millionen Menschen in unserem Land.

Wenn wir das bisher noch nie gemeinsam getan haben, dann spricht das eindeutig für die Besonderheit dieses Anlasses.

Und wenn wir das heute in Oberhausen tun, dann sprechen die Haushaltszahlen meiner Stadt für die Wahl des Versammlungsorts.

Oberhausen, meine Damen und Herren,  
ist in der öffentlichen Diskussion und Wahrnehmung derzeit der Inbegriff für Kommunen in der Schuldenfalle, für Kommunen im Nothaushaltsrecht, für Kommunen unter dem Spardiktat der Kommunalaufsicht.

Aber Oberhausen ist auch der Inbegriff für Kommunen, die sich diesem blinden Spardiktat nicht beugen wollen. Oberhausen ist der Inbegriff einer ganzen Reihe von guten Gründen, warum wir uns diesem blinden Spardiktat nicht beugen dürfen, denn wir dürfen die Zukunftsfähigkeit unserer Städte, Kreise und Gemeinden nicht verspielen.

Nicht viel besser als in Oberhausen sieht es in Hagen aus. Oder in Remscheid, Solingen, Essen oder Wuppertal.

Sie werden schon bald meine Erfahrungen der letzten Monate teilen. Und Kollege Sauerland aus Duisburg erlebt seit zweieinhalb Wochen hautnah, wie es ist, wenn man einer Stadt von außen den Strom abdrehen will.

Meine Damen und Herren,  
Fast die Hälfte aller bundesweiten Kassenkredite musste von Kommunen in NRW aufgenommen werden. Und davon wiederum der weitaus größte Teil im Regierungsbezirk Düsseldorf. Dies ist ein finanzieller Flächenbrand, der sich rasch ausbreitet. Heute in Duisburg und Oberhausen, morgen vielleicht in Solingen oder Remscheid.

Und übermorgen?

An dieser Stelle wird von der Kommunalaufsicht gern über die Fehler oder den vermeintlich fehlenden Sparwillen in diesen Kommunen gesprochen.

Ich sage deutlich: Niemand ist ohne Fehler. Weder in Oberhausen noch in irgendeiner anderen Kommune an diesem Tisch. Aber eine Debatte über die Pflichten und Versäumnisse von Bezirks- und Landesregierung, die für das Wohl und Wehe unserer Städte und Kreise genauso verantwortlich sind wie die gewählten Räte und deren Vorsitzende, vermisste ich in diesem Zusammenhang völlig.

Wir haben nicht in Saus und Braus gelebt. Wir stehen seit Jahren unter permanentem Spardruck und unter permanenter Ausgabenkontrolle. Wir haben keine vergoldeten Bürgersteige, müssen aber neidvoll sehen, dass viele Kommunen in den neuen Bundesländern dank unserer bis heute anhaltenden Subventionierung mittlerweile glänzend dastehen.

Anders ausgedrückt: Wir müssen Kredite aufnehmen und für die heute schon vielfach bessere Infrastruktur in den Neuen Bundesländern zahlen. Dieselben Investitionen sind uns in den eigenen Städten von der Kommunalaufsicht verboten.

Meine Damen und Herren,  
wir haben anders als viele Banker nicht gezockt oder geschlampt oder schlicht gepennt. Aber: Für unsere Bürgerinnen und Bürger werden in Berlin oder Düsseldorf zu Unrecht keine Milliardenpakete geschnürt.

Keine Frage: Wir wollen und wir werden unsere eigenen Sparbemühungen erhöhen. Auch wenn's weh tut, auch über die Schmerzgrenze hinaus. Aber alle Fachleute außerhalb der Landesregierung und der Bezirksregierungen sind sich einig: Es geht nicht ohne Hilfe von außen.

Und damit sind wir beim gemeinsamen Memorandum „Wege aus der Schuldenfalle“. Damit sind wir bei den Forderungen der Städte und Kreise des Ruhrgebiets sowie des Bergischen Landes.

Ein solches Papier hat es in der fast 60jährigen Geschichte unseres Landes noch nicht gegeben. Es ist einerseits Ausdruck von Gemeinsamkeit untereinander und andererseits leider auch Ausdruck von Hilflosigkeit der einzelnen Städte, dem Thema „Kommunale Finanzen“ endlich das Gehör zu verschaffen, das es in Regierungspräsidien, bei der Landesregierung und beim Bund schon lange verdient.

Ich bin mir sicher, das wird ab heute anders. Mit dem Nachdruck aller Unterzeichnerstädte, mit der Expertise renommierter Finanzwissenschaftler und über alle Parteigrenzen hinweg erhält dieses Memorandum ein besonderes Gewicht. Und: das öffentliche Bewusstsein für unsere Städte in Not ist gewachsen, seit die Betroffenheit wächst.

In jeder Krise steckt eine Chance. Die Diskussion der vergangenen Wochen bietet uns die Chance für einen dringend notwendigen Umdenkungsprozess auf allen Ebenen staatlicher Verantwortung. Diese Chance müssen wir nutzen.

In diesem Zusammenhang zum Abschluss noch ein ganz persönlicher Eindruck aus meinen zahlreichen Gesprächen mit der Kommunalaufsicht in den vergangenen Wochen und Monaten. Dort wird gebetsmühlenartig wiederholt: Wir dürften nicht auf Kosten künftiger Generationen leben.

Ich warne ganz nachdrücklich davor, in weiten Teilen des Ruhrgebiets und des Bergischen Landes die öffentliche und soziale Infrastruktur kaputt zu sparen. Dies ginge erst Recht zu Lasten unserer Kinder und Enkel und zu Lasten der Chancen unserer Region.

Professor Junkernheinrich und der Mülheimer Kämmerer Uwe Bonan werden im weiteren Verlauf die Ergebnisse der Arbeitsgemeinschaft vorstellen – und sie werden Wege aufzeigen, wie wir unseren Regionen neue Chancen eröffnen.

Glückauf!

**- Es gilt das gesprochene Wort**